

Parteiendemokratie im Umbruch? Eine explorative Untersuchung

Klages, Helmut

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Klages, H. (2018). Parteiendemokratie im Umbruch? Eine explorative Untersuchung. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 60, 35-39. <https://doi.org/10.15464/isi.60.2018.35-39>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

1 Mit Daten des Eurobarometers kommen Fuchs und Roller (2016, S. 410) allerdings zu einer anderen Schlussfolgerung: „25 Jahre nach der deutschen Vereinigung gibt es keine Hinweise

darauf, dass sich mit zunehmenden Erfahrungen der Ostdeutschen mit der Demokratie die Kluft in der Demokratiezufriedenheit zwischen Ost- und Westdeutschen verringert hat.“

Markus Tausendpfund
Markus.Tausendpfund@fernuni-
hagen.de

doi: 10.15464/isi.60.2018.29-35

Parteiendemokratie im Umbruch?

Eine explorative Untersuchung

Verdrossenheits-Empirie als Ausgangspunkt

Dieser Beitrag thematisiert den eklatanten Widerspruch zwischen zwei Ansichten unserer politischen Wirklichkeit, denen man in der empirischen Forschung begegnen kann und die sich auch in den öffentlichen Diskursen wiederfinden. Die *erste* der beiden Ansichten präsentiert die politische Wirklichkeit in ausgesprochen negativer Perspektive, wobei schon seit längerer Zeit dem Begriff der „*Verdrossenheit*“ eine herausragende Bedeutung zukommt. Der Begriff bezieht sich auf eine missmutige Einstellung der Bevölkerungsmehrheit zu „den“ politischen Parteien und „den“ Politikern, zu deren Veranschaulichung Sachverhalte wie eine tendenziell sinkende Wahlbeteiligung, eine sinkende Zahl der Parteimitglieder, oder eine schwächelnde Parteiidentifikation herangezogen werden. Die entsprechenden Behauptungen können sich in der Tat auf empirische Belege stützen, an deren Glaubwürdigkeit kaum zu zweifeln ist. Ungeachtet seiner Schlagwortartigkeit konnte der „*Verdrossenheits*“-Begriff deshalb auch in der Demokratieforschung Fuß fassen. Die Fragen, die sich mit ihm verbinden, verknüpfen sich neuerdings mit der Frage nach der *Repräsentationsfähigkeit* der politischen Parteien, die verschiedenen Beobachtungen zufolge rückläufig ist, so dass die Verbindungsstränge zwischen der Bevölkerung und der Politik gefährdet erscheinen.

Demokratiezufriedenheit als Kontra-Indikator

Die *zweite*, diametral entgegengesetzte Ansicht der politischen Wirklichkeit kann sich auf eine fortgesetzte und stark ausgeprägte Neigung der Bevölkerungsmehrheit zu einer *Zufriedenheit* stützen, die nicht etwa die private Lebenszufriedenheit, sondern ausdrücklich die „*Zufriedenheit mit der Demokratie*“ betrifft, deren Entwicklung sich empirisch insbesondere mit dem POLIT-BAROMETER der Forschungsgruppe Wahlen über nunmehr vier Jahrzehnte hinweg nachverfolgen lässt. Da sich der Beitrag von Tausendpfund in diesem Heft mit dieser Entwicklung bereits ausführlich beschäftigt, kann ich mich auf die zusammenfassende Feststellung beschränken, dass die 1977 beginnende Zeitreihe der Variable „*Demokratiezufriedenheit*“ einen Verlauf aufweist, der von einer über dem EU-Durchschnitt liegenden, also verhältnismäßig hohen, bis ca. 1990 andauernden Ausgangsperiode aus nach zwischenzeitlichen Rücksetzern im Jahr 2005 zügig wiederanzusteigen begann, um etwa seit 2013 den Höchststand der Ausgangsperiode wieder zu erreichen und zu überschreiten.

Ansätze zur Widerspruchs-Erklärung

Der zusammenfassende Befund lautet dementsprechend in aller Kürze: Demokratieverdrossenheit und Demo-

kratiezufriedenheit – koexistent, widerspruchsgeladen und gleichermaßen empirisch belegbar. Wie lässt sich der Widerspruch nun aber erklären?

Eine erste mögliche Erklärung wäre, dass in beiden Fällen unterschiedliche Teile der Bevölkerung beteiligt sind, aber diese – empirisch leicht überprüfbare – Erklärung trifft nicht zu. Eine zweite mögliche Erklärung wäre, dass es sich bei der mit der Variable „*Demokratiezufriedenheit*“ erfassbaren *Zufriedenheit* um eine resignative, der passiven Hinnahme eines eigentlich unbefriedigenden Zustands ähnelnde Einstellung handelt, aber auch diese Erklärung trifft – ich muss darauf hoffen, dass mir diese Behauptung ohne empirische Belegung abgenommen wird – nicht zu. Eine dritte Erklärung könnte nun allerdings darauf abstellen, dass in den beiden Fällen unterschiedliche Einstellungsobjekte angezielt werden und in der Tat trifft diese Erklärung zu: Die „*Verdrossenheit*“ bezieht sich schwerpunktmäßig auf die politischen Parteien, die „*Demokratiezufriedenheit*“ – wie vorgreifend gesagt werden kann – dagegen nicht, oder jedenfalls nicht in erster Linie (vgl. die im übernächsten Abschnitt nachfolgende Erläuterung). Aber wer oder was kann in einer „*Parteiendemokratie*“, die wir ja dem allgemeinen Verständnis zufolge haben, eigentlich Demokratiezufriedenheit erzeugen, wenn nicht die Parteien? Gibt es womöglich etwas, was diesbezüglich an ihre Stelle getreten ist und ihre „*Repräsentationsschwäche*“ (Frank Decker) kompensiert? Und ist

unsere Demokratie, falls dies zutrifft, dann eigentlich noch eine Parteiendemokratie?

Maßgebliche Einflussgrößen der Variable Demokratiezufriedenheit: Wahl einer Suchstrategie

Angesichts der Knappheit des verfügbaren Raumes mache ich an dieser Stelle einen Sprung und berichte, dass ich mit der vorstehenden Fragestellung in eine explorative empirische Untersuchung eintrat, die in einer ersten Phase der Suche nach maßgeblichen Einflussgrößen der Variable „Demokratiezufriedenheit“ gewidmet war, wobei ich eine Suchstrategie anwendete, die wahrscheinlich etwas unkonventionell war: Ich benutzte den gesamten Datenbestand des neuesten mir in diesem Augenblick zugänglichen auf Jahresbasis kumulierten Politbarometers – es handelte sich um den Jahrgang 2014 – zu einer umfassenden Korrelationsanalyse, wobei ich mich allerdings nicht an die sehr zahlreichen aus der Matrix entnehmbaren Signifikanzangaben hielt, sondern zur Auffindung „maßgeblicher“ Variablenbeziehungen einen verhältnismäßig hoch liegenden Schwellenwert (Pearson's $r \geq ,300$) festlegte, für den ich selbst aufgrund von Plausibilitätserwägungen entschieden hatte. Tatsächlich war der hierbei erzielbare Komplexitätsreduzierungeffekt enorm: Für das Jahr 2014 ließen sich nur zwei Beziehungen der Variable „Demokratiezufriedenheit“ zu anderen Variablen bzw. Variablenkomplexen auffinden, die diesen Schwellenwert erreichten oder überschritten, so dass sie als „maßgebliche Einflussgrößen“ eingestuft werden konnten.

„Zufriedenheit mit der Marktwirtschaft“ als erste maßgebliche Einflussgröße

Bei der ersten Einflussgröße handelt es sich um die Variable „Zufriedenheit mit der Marktwirtschaft“ ($r = ,375$). Dass die Ökonomie die „Demokratiezufriedenheit“ der Bevölkerungsmehrheit nachdrücklich beeinflusst, wird nur dann Verwunderung erregen, wenn dieser Zufriedenheitsbegriff streng politikwissenschaftlich interpretiert wird.

Angesichts der völligen Offenheit, mit welcher der Begriff im Fragebogen des Politbarometers formuliert ist, unterlagen die Befragungsteilnehmer allerdings keinem Zwang zur Entwicklung eines streng politikwissenschaftlichen Begriffsverständnisses. Sie konnten den Begriff vielmehr in eben derjenigen atmosphärischen Unbestimmtheit verstehen, wie sie ihn vermutlich selbst im alltäglichen Umgang verwenden, d.h. als eine Bezeichnung für das politisch organisierte gesellschaftliche Lebenssystem im Ganzen. So verstanden verliert das in der Bevölkerungsmehrheit offenbar gängige Zusammendenken von Ökonomie und Demokratiezufriedenheit aber jeglichen Überraschungscharakter. „It's the economy, stupid“ – dieser zeitgeistträchtige Satz scheint für das Verständnis der hervorgehobenen Stellung der betreffenden Variablenbeziehung auszureichen. Ich möchte deshalb im gegenwärtigen Augenblick keine weiteren Worte hierüber verlieren, sondern mich der zweiten „maßgeblichen Einflussgröße“ zuwenden, die nun allerdings doch sehr erhebliche Überraschungen mit sich bringt:

„Beurteilung der Bundesregierung“ als zweite maßgebliche Einflussgröße

Dass die Bundesregierung als maßgebliche Einflussgröße der Demokratiezufriedenheit auftritt, scheint – jedenfalls auf den ersten Blick und bei spontaner Stellungnahme – ein sehr erhebliches Interpretationsproblem aufzuwerfen. Es scheint die Frage nahezuliegen, ob sich darin eine Verdrängung der Parteidemokratie durch die Exekutive – oder zurückhaltender ausgedrückt: die Substitution ehemals von den politischen Parteien ausgeübter Funktionen durch Leistungen der Exekutive – dokumentiert. Auf dem Hintergrund der Ergebnisse der Verdrossenheits-Empirie liegt es nahe, hierbei – zumindest auch – an Ersatzleistungen im Bereich der den Parteien offenbar entgleitenden Repräsentationsfunktion zu denken.

Allerdings liegt es auch weiterhin nahe, mit der Gegenfrage zu kontern, wie denn ausgerechnet ein in maximaler Entfernung von den Menschen operierendes Verfassungsorgan in der

Lage sein kann, die politischen Parteien zu ersetzen, die doch – um der Erfüllung eben dieser Repräsentationsfunktion willen – stets anstreben, Organisationen mit maximaler gesellschaftlicher Bodenhaftung und intensivem Tuchfühlungsangebot zu sein, die aber trotz günstiger Ausgangsbedingungen gerade in dieser Hinsicht ihre „Repräsentationsschwäche“ entwickelten? Hieße dies nicht zwangsläufig, den „Bock zum Gärtner“ zu machen? Muss einer relativ „abgehobenen“ Bundesregierung nicht zwangsläufig diejenige mit zwischenmenschlicher Nähe durchtränkte, bis in tiefe Sozialisationschichten hineinreichende existenzielle, personale und thematische Verknüpfung mit der Gesellschaft abgehen, welche die Parteienforschung seit der Entwicklung des „Ann Arbor-Modells“ in den 50er Jahren den politischen Parteien zuschreiben zu können glaubte?

Bezüglich der Weiterverfolgung dieser Fragen empfiehlt sich allerdings große Vorsicht angesichts der Tatsache, dass sich bei der Benennung der Einflussgröße „Beurteilung der Bundesregierung“ um eine Sammelbezeichnung handelt, zu der – angesichts der zwischen ihnen bestehenden engmaschigen Beziehungen – verschiedene Einzelvariablen des Fragebogens des kumulierten „Politbarometers“ 2014 zusammenzufassen waren. Es handelt sich – unter Verwendung der Kurzbezeichnungen in der betreffenden Rohdatenmatrix – um die folgenden Einzelgrößen:

- Skalometer [der Zufriedenheit mit der Leistung der] Regierung“ ($r = ,363$);
- „Arbeit der Regierung gut“ ($r = ,333$);
- „Skalometer [der Zufriedenheit mit den Leistungen der] CDU/CSU in der Regierung“ ($r = ,311$);
- „Skalometer [der Zufriedenheit mit den Leistungen der] SPD in der Regierung“ ($r = ,261$);
- „Skalometer [der Zufriedenheit mit] A. Merkel ($r = ,313$).

Die zwischen diesen Einzelvariablen bestehenden Beziehungen, die ihre Zusammenfassung zu einer übergreifenden Einflussgröße rechtfertigen, stellen sich – unter Nutzung von Daten der übergreifenden Korrelationsmatrix des kumulierten Politbarometers 2014 – in Tabelle 1 dar.

Tabelle 1 Korrelationen ausgewählter Variablen 2014

	Skalometer Regierung	Arbeit Regierung gut	Skalometer CDU/CSU	Skalometer SPD	Skalometer A. Merkel
Skalometer Regierung		r= ,585	r= ,768	r= ,686	r= ,640
Arbeit Regierung gut			r= ,517	r= ,451	r= -,533
Skalometer CDU/CSU				r= ,499	r= ,683
Skalometer SPD					r= ,413

Datenbasis: Politbarometer 2014 (kumulierter Datensatz, ZA5999), doi:10.4232/1.12372

Wie sich zeigt, bestehen zwischen allen abgebildeten Größen sehr hohe Korrelationen, die in der Tat auf enge Beziehungen zwischen ihnen schließen lassen. Der hieraus ableitbare hauptsächliche – und höchst bedeutsame – Befund ist, dass sich – in den Augen der Befragungsteilnehmer/innen – im Zeitpunkt der Erhebung in der Bundesregierung eine sehr enge und offenbar auch überwiegend harmonische Verbindung zwischen der Wahrnehmung von Exekutivfunktionen und der Verfolgung parteipolitischer Interessen und -zielsetzungen fand, die sich positiv auf ihre Demokratiezufriedenheit, bzw. auf die Demokratiezufriedenheit der Bevölkerungsmehrheit auswirkte.

Ein noch direkterer Blick auf die parteipolitischen Aspekte der Auswirkung der Regierungsbeurteilung auf die Demokratiezufriedenheit wird durch einen Vergleich der ebenfalls aus der Korrelationsmatrix 2014 ablesbaren Skalometer-Bewertungen von Regierungsmitgliedern ermöglicht. (Vgl. hierzu im ANHANG den Matrixauszug „Korrelationen Skalometer Politiker/innen Bundesregierung 2014“). Es zeigt sich hier mit überraschender Eindeutigkeit, dass die Bewertungen von Mitgliedern mit übereinstimmender Parteimitgliedschaft durchgehend sehr deutlich höher miteinander korreliert sind als die Bewertungen von Regierungsmitgliedern mit divergierender Parteimitgliedschaft. Die Teilnehmer der Befragung „sortieren“ die Regierungsmitglieder also unter offensichtlich sehr starker Berücksichtigung ihrer Partei-

enzugehörigkeit – eine Tatsache, bei deren Interpretation guten Gewissens die Annahme zugrunde gelegt werden kann, dass hierbei die eigene Parteineigung der Befragungsteilnehmer den Ausschlag gibt. Anders ausgedrückt wird die Leistung der Regierungsmitglieder umso positiver eingeschätzt, je mehr diese dem traditionellen Bedürfnis nach den „eigenen Leuten in der Politik“ entsprechen. Von daher gesehen lässt sich der Schluss ziehen, dass die – in der Regel aus dem Bundestag heraus berufenen und somit parteipolitisch gebundenen Mitglieder der Bundesregierung die „Repräsentationsschwäche“ ihrer Parteien offenbar tatsächlich – ungeachtet ihrer großen institutionellen und physischen Entfernung von den Menschen – in einem mehr oder weniger großen Ausmaß zu kompensieren vermögen.

Die Bundesregierung als Zufriedenheits-Generator – ein vorläufiges Zwischen- Resümee

Angesichts der Stärke der positiven Bewertungen, die Regierungsmitgliedern seitens der Anhänger der von ihnen repräsentierten Parteien zuteil werden, kann die Feststellung, dass das vorstehende Ergebnis der „Verdrossenheits“- Diagnose zuwiderläuft, fast schon im Nebensatz hinzugefügt werden. Zwar besteht die Datenkonstellation, die zu dieser Diagnose geführt hatte, nach wie vor. Das vorstehende Ergebnis nimmt dieser Diagnose aber sehr weitgehend die ihr verschiedentlich

noch immer zugesprochene Bedeutung: Das Verdrossenheits-Syndrom liefert ganz offensichtlich keinen belastbaren Hinweis auf eine „Krise der Demokratie“. Es kann eher als ein Hinweis darauf interpretiert werden, dass ein in Gang befindlicher Umbruch der Parteidemokratie, konzeptionell und in der öffentlichen Wahrnehmung noch nicht ausreichend „angekommen“ ist.

Dass relativ wenige Personen an der Spitze der Exekutive die ehemals breit angelegten Massenparteien zukommende Aufgabe übernehmen können, die Interessen, Erwartungen und Bedürfnisse von Wählern zu repräsentieren und dadurch Demokratiezufriedenheit zu erzeugen, setzt voraus – um dieses zentrale Ergebnis der vorstehenden Analyse zu verdeutlichen – dass die Bundesregierung für die Bevölkerung *nicht ausschließlich ein „reines“ Exekutivorgan* ist, sondern vielmehr – in ihren Augen – eine Plattform darstellt, auf der sich exekutive und parteipolitische Zielsetzungen und Aktivitäten auf produktive Weise begegnen und gegenseitig durchdringen können. Naturgemäß ergibt sich hierbei zwar eine gewisse Verwischung der Trennung zwischen Exekutive und Legislative, d.h. ein Bedeutungsverlust der „Gewaltenteilung“, die sich aber ohnehin auf dem Rückzug befindet. In wieweit sich damit ein Verlust an Demokratiequalität verbindet, ist eine Thematik für sich, die hier ausgeklammert bleiben soll. Aktuell erörterungswürdig erscheint dagegen die Frage, in wieweit sich mit der aus den Daten ablesbaren Situation eine „Personalisierung“ der Politik verbindet, die verschiedenen gegenwärtigen Äußerungen zufolge eine Zeitlang als ein im Gang befindlicher Trend angesehen wurde, inzwischen aber angeblich nicht mehr als aktuelles Thema gelten kann. Ich denke demgegenüber, dass die vorstehenden Ergebnisse eine Weiterbehandlung dieses Themas nahelegen. Zwar wäre es sicherlich verfehlt, das Auftreten einflussreicher Einzelpersonen als Spitzenvertreter von Wählerinteressen als ein Novum betrachten zu wollen. Die entscheidende Veränderung besteht aber darin, dass die betreffenden Personen früher die hinter ihnen stehenden Bevölkerungsteile nicht nur zu „vertreten“, sondern vielmehr auch zu

„verkörpern“ hatten. Ein Arbeiterführer, der ins Parlament und ggf. auch in eine Regierungsposition gelangte, hatte aus dem Arbeitermilieu zu stammen, um glaubwürdig zu sein. Wie der Blick auf die Biographien der Mitglieder der Bundesregierung – nebenbei bemerkt aber auch der Mitglieder des Bundestages, der Landesregierungen und der Landtage – lehrt, hat sich hier etwas Grundsätzliches geändert. Dass zwischen den individual- und Sozialbiographien der Repräsentanten und der Repräsentierten grundsätzlich keine Kongruenz mehr zu bestehen braucht, eröffnet hinsichtlich des Verhältnisses zwischen den beiden Seiten Spielräume, die zwar neue Probleme, jedoch auch neue Möglichkeiten mit sich bringen. So können die ersteren gegenüber den letzteren innovativ werden und mit Ideen werben, deren Übernahme keine biographischen Vorbedingungen mehr erfordert. Dem politischen Spitzenpersonal wachsen dadurch neuartige Gestaltungs-, Entscheidungs- und Selbstdarstellungschancen zu – eine Entwicklung, die sich durchaus als „Personalisierung“ kennzeichnen lässt!

Es sei weiterhin angemerkt, dass die Tatsache, dass relativ wenige Regierungsmitglieder, zu denen noch eine Anzahl prominenter Politiker/innen auf Bundes- und Landesebene hinzugerechnet werden können, in der Lage sind, die früher von aufwendig organisierten Massenparteien ausgeübten Funktionen der mentalen Einbindung breiter Teile der Gesamtgesellschaft zu übernehmen, natürlich nicht ohne die *Hilfestellung der Medien, wie auch der Social Media* denkbar ist. Diese lassen es möglich werden, dass zwischen Menschen, die sich auf verschiedenen Ebenen des Gesellschaftsaufbaus und möglicherweise in großer räumlicher Entfernung befinden, ein Verhältnis „virtueller Nähe“ besteht, das selbst da, wo es einseitig ist (die Gesellschaftsmitglieder sind ja – jedenfalls bei dem durch die Massenmedien hergestellten Verhältnis – nicht „Sender“, sondern ausschließlich „Empfänger“) tiefreichende und vielfältig handlungsbeeinflussende mentale Wirkungen zu erzeugen vermag. Es handelt sich hierbei um Gegebenheiten, die zwar schon vielfach bemerkt und beschrieben worden sind, die aber

noch immer vor allem von ihrer –zweifellos bestehenden – Problemseite her reflektiert werden. Dass es hierbei um Sachverhalte geht, die inzwischen zu den grundlegenden „institutionellen“ und „strukturellen“ Gegebenheiten moderner Gesellschaftssysteme hinzu zu rechnen sind, ist offenbar noch immer nicht ausreichend im öffentlichen Bewusstsein präsent.

Die Kanzlerin als „Joker“

Das sich abzeichnende neuartige Bild politischer „Repräsentation“ weist allerdings – bis hierher betrachtet – Grenzen und Leerstellen auf, die zwar nicht gänzlich neuartig sind, nichtsdestoweniger aber kritische Fragen aufwerfen. Was keinesfalls zufriedenstellen kann, ist die Tatsache, dass Gesellschaftsmitglieder an der Chance, über Regierungsmitglieder als Vertreter ihrer eigenen Interessen verfügen zu können – *insoweit betrachtet* – nur unter der Bedingung partizipieren, dass Repräsentanten „ihrer“ Parteien an der Regierung beteiligt sind. Geht man von den vorstehend zugrunde gelegten Daten des Jahres 2014 (d.h. faktisch aber auch: von den Daten der Jahre 2005 – 2017) aus, dann würde dies bedeuten, dass – unter Zugrundelegung der bisherigen Regierungszusammensetzung – nur die überwiegend in der eher konservativ-liberal eingestellten gesellschaftlichen „Mitte“ angesiedelten Anhänger der CDU und der SPD und als „Trittbrettfahrer“ die Wähler der FDP damit rechnen könnten, für die Repräsentationsschwäche der Parteien durch ein einflussreiches Repräsentationspotenzial in der Regierung entschädigt zu werden. Insbesondere die von diesen Parteien weniger berücksichtigten, zur Linkspartei tendierenden Unterschichtangehörigen und die eher progressiv eingestellten Anhänger der Grünen müssten sich demgegenüber „abgehängt“ fühlen. Auch bei einer anderen denkbaren Regierungszusammensetzung würde ein so oder so beschaffener Rest von „Abgehängten“ hingenommen werden müssen

Dem lässt sich nun allerdings die Behauptung entgegenstellen, dass insbesondere *die Kanzlerin* nicht ohne weiteres auf die Position „ihrer“ eigenen Partei festzulegen ist, sondern – aus der

Perspektive der Befragten betrachtet! – gewillt und in der Lage ist, sich unter Nutzung der ihr verfügbaren Informationen für die Berücksichtigung gesamtgesellschaftlicher Interessen einzusetzen, auch wenn sie der Wählerschaft anderer Parteien zuzurechnen sind. Die Kanzlerin bietet sich somit – wie die Daten erkennen lassen, in deutlich stärkerem Maße als vorausgehende Kanzler! – als derjenige „Joker“ an, der im politischen Spiel zur Geltung gelangen könnte, um das herkömmliche Konstruktionsdefizit der repräsentativen Parteiendemokratie zu übertrumpfen und –zumindest partiell – zu kompensieren (wobei ihr der mögliche Hintergedanke, in der Wählerschaft anderer Parteien zu „wildern“, konzediert werden muss).

Beim Blick auf die Daten kommt die diesbezügliche Sonderstellung der Kanzlerin A. Merkel – deutlich höher als bei den vorhergehenden Kanzlern H. Kohl und G. Schröder – u.a. darin zum Ausdruck, dass in einer die Variable „Demokratiezufriedenheit“ als abhängige Variable zugrunde legenden Regressionsanalyse der Daten des kumulierten Politbarometers 2016, (d.h. also auf dem Hintergrund der „Flüchtlingskrise“!) der Variable „Skalometer der Zufriedenheit mit A. Merkel“ mit dem Beta-Wert $-16,7$ gegenüber allen in der Analyse erfassten auf Parteien bezogenen Größen, wie auch gegenüber den Skalometerwerten derjenigen Regierungsmitglieder, die als hauptsächliche Konkurrenten infrage kämen (S. Gabriel, Th. De Maiziere, W. Schäuble) eine haushoch überlegene Position zukommt, die sie in eine Reihe mit den beiden anderen Spitzenvariablen „Zufriedenheit mit der Marktwirtschaft“ (Beta = $,27,7$) und „Arbeit der Regierung gut“ (Beta = $,16,3$) stellt.

Dass sich in diesem Ergebnis eine ungewöhnliche, keiner anderen prominenten Person im politischen Raum zukommende „Machtoption“ versteckt, wird bereits darin deutlich, dass A. Merkel im Politbarometer desselben Jahres bei der Frage nach der ihr zugemessenen Wichtigkeit eine Bejahungsquote von $82,1\%$ zuteil wird, die sich – wiederum im Unterschied zu den beiden vorhergehenden Bundeskanzlern – gegenüber den von allen anderen angefragten Personen erzielten Werten in einer

einsamen Spitzenposition bewegt.

Die hierin zur Geltung gelangende Hintergrundsbedeutung kommt noch klarer zum Vorschein, wenn man untersucht, wie die Frage „Arbeit von A. Merkel gut“ von den Sympathisanten (und potentiellen Wählern) der verschiedenen Parteien bei der bekannten „Sonntagsfrage“ beantwortet wird. Das von dem kumulierten Politbarometer 2016 gelieferte Ergebnis ist – auch in Anbetracht der vorangegangenen „Flüchtlingskrise“ und des nachfolgendem Debakels der CDU/CSU bei der Bundestagswahl 2017 – geradezu ein „Kracher“: Zwar ist die Zustimmungquote bei den Sympathisanten der CDU/CSU mit 90,8% erwartungsgemäß am höchsten. Sie liegt jedoch bei den Sympathisanten der SPD immerhin bei 76,3%, bei denen der Linken bei 60,5%, bei denen der Grünen bei 81,0% und bei denen der FDP bei 68,1%. Mit anderen

Worten könnte A. Merkel, wenn sie sich nach dem Vorbild von E. Macron als unabhängige Kandidatin zur Wahl stellen würde, mit beträchtlicher Wahrscheinlichkeit zumindest eine absolute Mehrheit erwarten, während die CDU/CSU das bei der Bundestagswahl 2017 erzielte „schlechteste Ergebnis seit 1949“ wahrscheinlich nochmals sehr deutlich unterbieten würde.

Dies ist natürlich zunächst nur eine Hypothese. Dass sie nicht aus der Luft gegriffen ist, lässt sich jedoch auch daran ablesen, dass auf die beim Politbarometer 2014 gestellte Frage nach dem Grund für die Erfolge der CDU bei Umfragen 81,4% der Befragten antworteten: „liegt an Angela Merkel“, während die Alternativkategorie „liegt an politischen Inhalten“ nur von 18,6 der Befragten bejaht wurde. Die *Schlussfolgerung* liegt nahe: Der „Joker“ A. Merkel würde stechen. Wenn sie wollte,

könnte A. Merkel mit beträchtlicher Wahrscheinlichkeit auf „personaler“ Grundlage regieren und damit die oben angemarkten Grenzen und Leerstellen der repräsentativen Parteiendemokratie überwinden. Die Systembezeichnung selbst würde bei alledem nicht geändert werden müssen, denn der parlamentarische Parteienunterbau der Regierung würde erhalten bleiben. Es könnte nicht einmal ausgeschlossen werden, dass eine von A. Merkel selbst geschaffene neue Parteibasis eines Tages von ihr wegführende eigene Wege einschlägt – es sei denn, A. Merkel orientiert sich am Vorbild Erdogans, was allerdings aus den allerverschiedensten Gründen eine eher unrealistische Perspektive ist.

Helmut Klages
klages@uni-speyer.de

doi: 10.15464/isi.60.2018.35-39

Tabellenanhang Korrelationen der Skalometerwerte von Politiker/innen 2014

		Skalometer: S. Gabriel	Skalometer: U. von der Leyen	Skalometer: Th. de Maiziere	Skalometer: A. Merkel	Skalometer: A. Nahles	Skalometer: W. Schäuble	Skalometer: H. Seehofer	Skalometer: W. Steinmeier
Skalometer: S. Gabriel	Pearson-Korrelation	1	,345**	,367**	,327**	,543**	,362**	,206**	,548**
	Sig. (2-seitig)		,000	,000	,000	,000	,000	,000	,000
	N	28255	27911	18596	28192	22492	27872	27534	27259
Skalometer: U. von der Leyen	Pearson-Korrelation	,345**	1	,460**	,525**	,292**	,481**	,387**	,341**
	Sig. (2-seitig)	,000		,000	,000	,000	,000	,000	,000
	N	27911	29240	18891	29178	22637	28671	28229	27753
Skalometer: Th. de Maiziere	Pearson-Korrelation	,367**	,460**	1	,502**	,280**	,505**	,408**	,374**
	Sig. (2-seitig)	,000	,000		,000	,000	,000	,000	,000
	N	18596	18891	19069	19036	16333	18899	18696	18493
Skalometer: A. Merkel	Pearson-Korrelation	,327**	,525**	,502**	1	,243**	,612**	,455**	,368**
	Sig. (2-seitig)	,000	,000	,000		,000	,000	,000	,000
	N	28192	29178	19036	29899	22780	29071	28549	28067
Skalometer: A. Nahles	Pearson-Korrelation	,543**	,292**	,280**	,243**	1	,239**	,193**	,378**
	Sig. (2-seitig)	,000	,000	,000	,000		,000	,000	,000
	N	22492	22637	16333	22780	22816	22633	22459	22374
Skalometer: W. Schäuble	Pearson-Korrelation	,362**	,481**	,505**	,612**	,239**	1	,410**	,420**
	Sig. (2-seitig)	,000	,000	,000	,000	,000		,000	,000
	N	27872	28671	18899	29071	22633	29135	28208	27749
Skalometer: H. Seehofer	Pearson-Korrelation	,206**	,387**	,408**	,455**	,193**	,410**	1	,142**
	Sig. (2-seitig)	,000	,000	,000	,000	,000	,000		,000
	N	27534	28229	18696	28549	22459	28208	28603	27387
Skalometer: W. Steinmeier	Pearson-Korrelation	,548**	,341**	,374**	,368**	,378**	,420**	,142**	1
	Sig. (2-seitig)	,000	,000	,000	,000	,000	,000	,000	
	N	27259	27753	18493	28067	22374	27749	27387	28129

** Korrelation ist bei Niveau 0,01 signifikant (zweiseitig)

Datenbasis: Politbarometer 2014 (kumulierter Datensatz, ZA5999), doi:10.4232/1.12372